

Joshua A. Fogel, Peter Zarrow (eds.): Imagining the People. Chinese Intellectuals and the Concept of Citizenship, 1890-1920

Armonk, New York: M.E. Sharpe, 1997, 315 S.

Im frühen zwanzigsten Jahrhundert fand in der chinesischen staatsrechtlichen und politischen Diskussion ein weitreichender und höchst bedeutsamer Paradigmenwechsel statt. Wurde der Staat des kaiserlichen China im wesentlichen als moralische Gemeinschaft auf den weltanschaulichen Grundlagen des Konfuzianismus imaginiert, begannen chinesische Intellektuelle gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine neue säkulare und zivile Vision des staatlichen Gemeinwesens zu entwickeln, in welchem dem Bürger (*guomin*) eine zentrale Stellung zukam. Der Aspekt der intellektuellen und ideologischen Neubestimmung des chinesischen Staates in der Phase der Transition von der konfuzianischen Dynastie zur zivilen Republik ist bislang kaum behandelt worden. Es ist das Verdienst des vorliegenden Sammelbandes, diese Lücke nun zu füllen. Wie der von Joshua A. Fogel und Peter Zarrow herausgegebene Band erstmals verdeutlicht, gab es von 1890 bis ca. 1920 eine breite Debatte um das Konzept der Bürgerschaft, an der sich viele einflußreiche Persönlichkeiten und Denker wie Liang Qichao, Tan Sitong, Kang Youwei, Zhang Binglin und Fu Sinian beteiligten. Die Beiträge des Bandes belegen damit nachdrücklich, daß die Idee der Bürgerschaft das zeitgenössische politische Denken in China weit mehr beschäftigte als etwa Begriffe wie Demokratie, Öffentlichkeit oder Grundrechte. Peter Zarrow erklärt dieses Phänomen in seiner Einleitung damit, daß das Konzept des Bürgers sich als geeignet erwies, traditionelle konfuzianische Vorstellungen wie z.B. die leitende Rolle öffentlicher Moral (*gongde*), die Betonung des Volkes als Basis der Politik (*minben*) oder die Bedeutung der Loyalität für die soziopolitische Stabilität zu integrieren. Das chinesische Konzept der Bürgerschaft ging somit nicht auf einen unilinearen westlichen Einfluß zurück, sondern stellte vielmehr einen kreativen Synkretismus aus endogenen und exogenen Vorstellungen dar.

In zehn Beiträgen wird die Tiefe und Bedeutung dieser Debatte ausgelotet. Liu Zehua und Liu Jianqing rekonstruieren den Prozeß der allmählichen Rezeption des Begriffs Bürgerschaft durch politische Vereinigungen und Parteien seit 1890. Es geht aus ihrem Beitrag hervor, daß die Bürgerschaft ein Mittel der Opposition war, um mehr politische Mitwirkung gegenüber den kaiserlichen Institutionen einzufordern. Anne Cheng beschäftigt sich mit der Alt-Text/Neu-Text-Kontroverse, innerhalb derer es zu einer ganz unterschiedlichen Auseinandersetzung mit Bürgerschaft und Nationalismus kam. Die Einschätzung der Tradition spielte somit eine wesentliche Rolle bei der Evaluation neuer exogener Konzepte. Ingo Schäfer gibt einen Überblick über die Entwicklung des politischen Denkens von Tan Sitong. In seinen ersten Texten zeigte sich Tan Sitong noch als durchaus konservativ; erst der chinesisch-japanische Krieg veranlaßte ihn, nach neuen politischen Lösungsansätzen zu suchen. Diese findet er in der Betonung der "Volksrechte" (*minquan*) und der Utopie freier und gleicher Bürger. Kang Youweis politisches Denken war jedoch weniger radikal als das seines "Schülers" Tan Sitong. Wie Murata Yujiro zeigt, propagierte Kang Youwei die Identifikation mit der Nation (anstelle mit der Dynastie). In seiner Definition der Nation spielen sowohl Territorium und Ethnie als auch Reli-

gion gleichermaßen eine Rolle. Don C. Price, Joan Judge und Ma Xiaoquan gehen auf weniger bekannte Journalisten und lokale Politiker ein. Aus den drei Beiträgen wird deutlich, daß gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine aktive Schicht urbaner Intelligenz entstand, die für eine öffentliche Debatte politischer Angelegenheiten eintrat. Zusammenhalt und Schicksal der Nation, Forderungen nach politischem Pluralismus sowie die Erörterung sozialer Probleme durchziehen die Zeitungsberichte und Debatten in den Städten.

Die beiden Beiträge von Michael Tsin und Peter Zarrow konzentrieren sich auf die Republik-Zeit. Tsin rekonstruiert Bürgerschaft nicht als theoretisches Konzept, sondern anhand des Beispiels von Guangzhou als Praxis. Die gelebte Bürgerschaft bestand aus politischen Vereinigungen, deren Ziele nicht gegen den Staat, sondern vielmehr auf dessen Stabilisierung und Stärkung gerichtet waren. Liang Qichao Thesen stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Peter Zarrow, der sie als theoretischen Beitrag zur Realisierung einer chinesischen Zivilgesellschaft interpretiert. Wang Fanshen diskutiert die politische Bedeutung des Wortes "Gesellschaft" (*shehui*) in der Vierten-Mai-Bewegung. Intellektuelle wie Fu Sinian kamen zu dem Schluß, daß das kaiserliche China keine kohärente "Gesellschaft" entwickelt habe. Mit der Betonung auf Zusammenschluß und Organisation implizierte das Gesellschaftskonzept der 20er Jahre, daß Nationenbildung auf der Mobilisierung der Gesellschaft beruhe.

Aus den Beiträgen erwachsen, wie Joshua A. Fogel im Nachwort betont, weitergehende Fragen nach dem Zusammenhang von Bürgerschaft mit Nationalismus, Demokratie, Öffentlichkeit, Selbstverwaltung usw. Den Beiträgen des Bandes gelingt es, auf diese vieldiskutierten Themen ein neues Licht zu werfen und zwar auf der Basis von lokalen Organisationen und einer zeitgenössischen Terminologie. Es zeigt sich, wie fruchtbar ein solcher Zugang ist. Er ermöglicht innovative Einsichten in die Konstitution übergreifender und längerfristiger historischer Prozesse. Der Band bereichert auf diese Weise wesentlich die Kenntnis der sozialen und politischen Veränderungen in China zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts.

Klaus Mühlhahn

Sven-Uwe Müller: Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts

Hamburg 1997 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde; 274), 367 S.

Aufgrund der neuen weltpolitischen Konstellationen nach dem Ende des Kalten Krieges ist die interkulturelle Geltung der Menschenrechte zu einem erstrangigen politischen und wissenschaftlichen Thema geworden. Einer der Kulminationspunkte der Debatte ist das Verhältnis der chinesischen Kultur zu den Menschenrechten. China ist nicht nur Zielscheibe massiver Kritik, sondern zugleich einer der Wortführer jener asiatischen Staaten, welche die "westliche" Interpretation der Menschenrechte offensiv zurückweisen. Ob der asiatischen und speziell chinesischen Kritik nur durchsichtige machtpolitische Interessen oder aber tiefgreifende kulturelle Dis-